

# PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.  
Goebenstr. 3a  
30161 Hannover  
[www.bund-niedersachsen.de](http://www.bund-niedersachsen.de)

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



15. Juni 2016

## Ende des freiwilligen Fracking-Moratoriums? BUND Niedersachsen fordert ein Verbot der gefährlichen Technologie

Der BUND Niedersachsen zeigt sich besorgt über die Entwicklung in der Debatte um das Hydraulic Frackuring, kurz Fracking genannt. Der Bundesverband Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG, bisher WEG genannt) ließ heute verlauten, dass er nach dem freiwilligen 5-jährigen Moratorium nicht länger auf eine Änderung der Gesetzgebung warten wolle und eine Bearbeitung der vorliegenden Anträge auf der Grundlage des geltenden Rechts fordere. Der BUND kritisiert die Haltung des Wirtschaftsministers Olaf Lies, welcher bei der Veranstaltung in einem Grußwort verlauten ließ, „er werde alle Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Zukunft von Erdöl und Erdgas und auch Geothermie und Geoenergie in Niedersachsen gesichert sei“. Der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel hatte sich dagegen wiederholt gegen den Einsatz der Fracking-Technologie ausgesprochen.

„Wir sind schockiert, dass sich das Wirtschaftsministerium vor den Karren der Erdölindustrie spannen lässt und die für Mensch und Umwelt gefährlichste Form der Gasförderung, das Fracking, wieder zulassen möchte“, betont Dorothea Steiner, Mitglied im Vorstand des BUND Niedersachsen. Der BUND gibt zu bedenken, dass es keine politische Blockade gibt. Auf Fracking wurde in Niedersachsen aufgrund des wachsenden Widerstandes in der Bevölkerung freiwillig verzichtet – zu Recht, wie der BUND findet.

„Beim Fracking handelt es sich um eine Hochrisikotechnologie. Die Gasförderung in Niedersachsen produziert Unmengen giftigen Sondermülls, den wir nicht entsorgen können. Sie steht im Verdacht, uns krank zu machen. Fracking führt zu Erdbeben und kann Trink- und Grundwasser verunreinigen“, gibt Steiner zu bedenken. Der BUND begrüßt die Forderung einer verbindlichen Regelung in Deutschland, lehnt Fracking jedoch ab. Aufgrund des immer schneller voranschreitenden Klimawandels und seinen Folgen muss es jetzt darum gehen, die Gasförderung in Deutschland nicht mittels Fracking zu beschleunigen, sondern die Nachfrage nach Gas mithilfe von Energieeinsparmaßnahmen so schnell wie möglich zu reduzieren.

„Fracking passt nicht zu Niedersachsen und nicht zu Deutschland. Wir wollen hier in Niedersachsen Klimaschutz machen, und nicht uns selbst und unser Wasser verunreinigen. Fracking muss verboten werden“, so Steiner. In Paris wurde ein klares Signal für den Klimaschutz gesetzt. Angesichts des Klimawandels ist es kontraproduktiv, neue fossile Energiequellen zu erschließen. Die Energiewende kann laut BUND nur gelingen, wenn konsequent auf erneuerbare Energien umgestiegen wird.

**Rückfragen zum Thema an:**

Dorothea Steiner  
Mitglied des Vorstandes  
BUND Landesverband Niedersachsen  
[dorothea.steiner@bund.net](mailto:dorothea.steiner@bund.net)

Sina Schröder  
Umweltreferentin  
BUND Landesverband Niedersachsen  
Tel. (0511) 965 69 - 37  
[sina.schroeder@nds.bund.net](mailto:sina.schroeder@nds.bund.net)

**Pressekontakt:**

Dr. Tonja Mannstedt  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
BUND Landesverband Niedersachsen  
Tel. (0511) 965 69 - 31  
[tonja.mannstedt@nds.bund.net](mailto:tonja.mannstedt@nds.bund.net)